№ 223
B 102
Abend-Ausgabe.

Berlin

Sonnabend, 3. Mai 1919

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281 15 282 bis 15 291

Protest Deutsch-Oesterreichs gegen Wilson.

Abermalige Verschiebung in Versailles.

Drahtmeldung.

Versailles, 2. Mai.

Die Pariser Morgenpresse nimmt von dem Austausch der Vollmachten im Trianonpalast Kenntnis, vermeidet aber hervorzuheben, daß Graf Brockdorff-Rantzau deutsch gesprochen hat, was nur der „Eclair" mit dem Hinweis darauf unterstreicht, daß Bismarck 1871 französisch gesprochen habe. Die Blätter erwarten, daß die Prüfung der Vollmachten zwei bis drei Tage beanspruchen dürfte, so daß die Ueberreichung des Vorfriedensvertrages voraussichtlich Dienstag stattfinden wird.

„Echo de Paris" teilt mit, daß bei der Ueberreichung des Vertrages nur die ersten Delegierten der vertragschließenden Mächte, also für Deutschland nur Graf Brockdorff-Rantzau, zugegen sein werden. Der Vertrag werde 15 bis 20 Kapitel umfassen. Die ersten Kapitel würden die Gründe des Eintritts der alliierten und assoziierten Mächte in den Krieg darlegen und die Notwendigkeit des Völkerbundes betonen, ferner die Grenzen Deutschlands, die militärischen, maritimen und die Bestimmungen über Luftschiffahrt, die deutschen Kolonien usw. behandeln. Die Kapitel über die Wiedergutmachung und die wirtschaftlichen Fragen würden noch bearbeitet. Weitere Kapitel betreffen die Arbeitergesetzgebung und die Garantien für die Durchführung der Vertragsklauseln.

Nach hier eingetroffenen Mitteilungen verlautet, wie wir erfahren, in Paris, daß der Vertragsentwurf am Sonntag der Presse übergeben werden soll. Er soll zweieinhalb Seiten der französischen Zeitungen umfassen.

Der „Matin" bedauert, daß die deutsche Delegation bereits in Versailles sei und noch mehrere Tage verstreichen müßten, bevor die Ententeregierungen sich in allen Punkten geeinigt hätten. Dies sei in der Weltgeschichte beispiellos und trage nicht zur Erhöhung der inneren Geschlossenheit bei. „Journal" hält es für besonders beachtenswert, daß die deutsche Vollmacht einzelne Bundesstaaten nicht anführt. Es sei jedoch nicht angebracht, die Frage einer besonderen Vertretung aufzuwerfen, da die Zentralregierung in Weimar trotz ihrer Schwäche die einzig ordnungsmäßige Organisation Deutschlands sei, mit welcher der Frieden abgeschlossen werden könne.

os **Rotterdam, 3. Mai.**

Der Friedensvertrag mit den früheren Verbündeten Deutschlands dürfte 14 Tage nach Friedensschluß mit Deutschland zur Unterschrift bereit sein. Wahrscheinlich werden sechs neue Staaten entstehen, die durch Mandatare verwaltet werden sollen, nämlich Konstantinopel, Syrien, Arabien, Mesopotamien, Armenien und Palästina. Die einzige Schwierigkeit sei noch, daß Wilson sich nicht entscheiden könne, für welches Land Amerika ein Mandat ausüben soll.

Ein Sachverständiger für Ostfragen.

Wie wir hören, ist auf Vorschlag der preußischen Regierung Dr. Jaffe aus Posen zum Sachverständigen für Ostfragen in der Friedenskonferenz ernannt worden. Er reist heute abend nach Versailles ab.

Wie wir weiter erfahren, ist als Finanzsachverständiger von der deutschen Regierung Herr Dr. Mosler, Direktor der Dresdner Bank, nach Versailles berufen worden. Dr. Mosler wird in der nächsten Woche abreisen.

Ganz München in der Hand der Regierungstruppen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Frankfurt (Main), 3. Mai.

Der „Frankf. Ztg." wird aus München gemeldet: München ist seit gestern abend in den Händen der Regierungstruppen und damit auch des Ministeriums Hoffmann. Nur um die Leibregimentskaserne wird noch gekämpft und auch in anderen Teilen der Stadt finden noch Schießereien statt.

Bamberger Meldungen verschiedener Blätter besagen, auf Anordnung der Reichsregierung müssen die preußischen Truppen so lange in Bayern bleiben, bis von der Regierung Hoffmann die Reichswehr eingerichtet worden sei. Diese Meldung geht, wie von zuständiger Seite erklärt wird, weit über die wirklichen Vereinbarungen hinaus. Daß die Regierung Hoffmann das Reichswehrgesetz auch in Bayern durchführen will, ist selbstverständlich, ohne daß es dazu Reichstruppen bedarf. Die nichtbayerischen Truppen werden nur so lange in Bayern bleiben, als die Regierung Hoffmann es für nötig hält.

Für ein deutsches Südtirol.

Wien, 3. Mai.

Amtlich wird gemeldet: Der Kabinettsrat faßte in der gestrigen Sitzung folgenden Beschluß:

„Der Präsident der Vereinigten Staaten hat dem italienischen Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er dem Londoner Vertrag hinsichtlich der Abgrenzung zwischen Italien und Deutsch-Oesterreich, also der Annexion Deutsch-Südtirols durch Italien, zustimme. Demgegenüber erklärt die deutsch-österreichische Regierung:

1. Die Mitteilung des Präsidenten der Vereinigten Staaten ist unvereinbar mit jenen demokratischen Grundsätzen, die der Präsident während des Krieges feierlich verkündet hat, und auf Grund deren der Kampf eingestellt und der Waffenstillstand geschlossen worden ist. Der Waffenstillstand wurde geschlossen auf Grund der Grundsätze des Präsidenten, die in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 enthalten waren. Durch den Notenwechsel, der anläßlich des Abschlusses des Waffenstillstands erfolgte, wurde zwar Punkt 10 der 14 Punkte des Präsidenten abgeändert, aber nicht Punkt 9, der erklärt, daß die Grenzen Italiens nach klar erkennbaren Linien der Nationalität festgesetzt werden sollen.

2. Das Königreich Italien begründet seinen Anspruch auf Deutsch-Südtirol mit rein strategischen Erwägungen. Diese Erwägungen können die Annexion eines rein deutschen Landes durch Italien aus zwei Gründen nicht rechtfertigen: Erstens deshalb nicht, weil auch die ethnographische Grenze zwischen den Deutschen und den Italienern in Tirol den strategischen Interessen Italiens vollkommen entsprechen würde, zweitens aber deshalb nicht, weil nach dem unverrückbaren Grundsatz, den der Präsident in seiner Rede am Grabe Washingtons am 4. Juli 1918 ausgesprochen hat, „die Entscheidung aller Fragen, sowohl der territorialen wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und der politischen Fragen, auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung durch das Volk erfolgen soll, das unmittelbar dabei betroffen ist, und nicht auf der Grundlage eines materiellen Interesses oder Vorteiles irgendeines anderen Volkes, das eine andere Regelung zur Ausbreitung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht."

Trotzdem aber hat die deutsch-österreichische Regierung schon vor längerer Zeit der italienischen Regierung einen Vorschlag gemacht, dessen Annahme die strategischen Bedürfnisse Italiens in weitestgehendem Maße befriedigen würde, ohne daß darum Deutsch-Südtirol der italienischen Fremdherrschaft ausgeliefert werden müßte. Die deutsch-österreichische Regierung hat der italienischen Regierung vorgeschlagen, daß Deutsch-Südtirol zwar staatsrechtlich und wirtschaftlich ein Bestandteil Deutsch-Oesterreichs bleiben sollte, militärisch aber in solcher Weise neutralisiert werden sollte, daß die strategischen Interessen Italiens dadurch wenigstens in gleicher Weise gewahrt würden, wie durch eine Annexion des Gebietes bis zum Brenner.

Die deutsch-österreichische Regierung stellt fest, daß dieser sorgfältig ausgearbeitete Vorschlag von Italien und seinen Verbündeten niemals beantwortet wurde. Drittens: Gegenüber den Behauptungen, daß Deutsch-Südtirol von der ihm drohenden Fremdherrschaft gerettet werden könnte, wenn Deutsch-Oesterreich auf den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich verzichtete, stellt die deutsch-österreichische Regierung fest, daß ihr niemals von irgendeiner der assoziierten Mächte ein Vorschlag gemacht wurde auf Anschluß an das Deutsche Reich unter der Bedingung, darauf verzichten zu sollen, daß Deutsch-Südtirol bei Deutsch-Oesterreich verbleibe. Wohl aber besteht zwischen der Frage des Zusammenschlusses mit Deutschland und der Frage Deutsch-Südtirols ein anderer Zusammenhang. Wenn Deutsch-Südtirol an Italien fällt, bleibt von Tirol nur ein schmaler Streifen übrig, der dann ganz unvermeidlich unmittelbar an das Deutsche Reich fallen müßte. Deutsch-Oesterreich würde daher nicht nur Deutsch-Südtirol, sondern ganz Tirol verlieren. Es wäre abermals eines seiner Länder beraubt, und es würde auch im Westen nicht mehr an die neutrale Schweiz, sondern an das Deutsche Reich grenzen. Damit wäre die Fähigkeit Deutsch-Oesterreichs, als selbständiger Staat zu bestehen, abermals wesentlich beeinträchtigt. Deutsch-Oesterreich wäer in noch höherem Maße als bisher zum Anschluß an das Deutsche Reich gezwungen."

Die Wohnungsnot.

Von

Dr. Margarete Hoffmann,

städt. Wohnungsinspektorin.

Die Wohnungsfrage ist durch das Zurückfluten der Kriegsteilnehmer in die mit Rüstungsindustriearbeitern und anderem Zuzug vollgesogenen Großstädte zu einer der brennendsten geworden. Die Wohnungsbeschaffung für viele der kriegsgetrauten Paare und für Ledige, ferner die sittlich bedingte Notwendigkeit einer Wohnungserweiterung für die Familien, deren Kinder inzwischen herangewachsen, führen die Großstädte zu allen erdenklichen Maßnahmen im Kampfe gegen die Wohnungsnot.

Kommunale Wohnungsnachweise sind geschaffen, die An- und Abmeldepflicht der Hausbesitzer konstatiert, was aber noch in weitem Umfange fehlt, das ist die Mitarbeit der Allgemeinheit, vornehmlich, wie es scheint, aus dem Grunde, weil das Bewußtsein der Not gerade in die in Frage kommenden Kreise noch nicht eingedrungen ist. Es ist ein tägliches Erlebnis, daß von Wohnung Meldenden das Bestehen einer Wohnungsnot schroff verneint wird, gewöhnlich auf Grund der Tatsache, daß irgendeine verwahrloste Keller- oder Dachwohnung seit längerer Zeit leer steht. Daher erweist es sich immer wieder als notwendig, die Frage zu beantworten: Besteht eine Wohnungsnot? In dem Sinne, daß es unmöglich wäre, irgend jemand ein Dach über dem Kopfe nachzuweisen, noch nicht, wohl aber in dem Sinne, daß es an geeigneten Wohnungen fehlt, an solchen, die kulturell gehobenen Anforderungen entsprechen. Wäre der ersterwähnte Zustand bereits praktisch, dann könnte man billigerweise nicht mehr von einer Not sprechen, dann hätten wir die Katastrophe, die zu vermeiden doch gerade Aufgabe der zuständigen Stellen ist.

Wenn wir heute in Berlin von einer Obdachlosigkeit noch nicht reden können und eine Zwangsrationierung der Wohnfläche bisher nicht erforderlich geworden ist, so drückt sich hierin ein Erfolg der bisher getroffenen Maßnahmen aus. Bekanntlich gewährt das Wohnungsamt der Stadt Berlin seit Oktober 1918 Zuschüsse zur Wohnreifmachung leerstehender, abgewohnter Wohnungen, ferner zur Herstellung der Beleuchtungsanlage usw. aus den Gesichtspunkten heraus, nicht nur Unterbringungsmöglichkeiten, sondern Wohnstätten zu schaffen, die ihren Inhabern Behagen sichern und die Grundbedingung physischer und psychischer Gesundheit sind.

Durch diese Möglichkeit — unter Zuhilfenahme städtischer Zuschüsse — wohnreife Wohnungen, wie der technische Ausdruck lautet, herzustellen, ist für die Ansprüche der Wohnungsuchenden eine Norm geschaffen worden — nicht wohnreif gemachte Wohnungen werden abgelehnt — und so ein erziehliches Moment zur Geltung gekommen, was um so höher einzuschätzen ist, als es sich nicht um eine provisorische Wohnungsbeschaffung handelt, denn bis der Wohnungsmarkt einen in die Wagschale fallenden Zuwachs durch Neuherstellung von Wohnungen erfahren wird, darüber werden einige Jahre vergehen.

Während des Krieges mußte mit Gegebenem gerechnet werden; durch das Hindenburgprogramm war die Frauenarbeit aus dem Hause heraus in die Fabriken verlegt worden, das Haupterfordernis im Kriege also die Schaffung von Wohnungsergänzungen: Horte, Kindergärten und Krippen gewesen; die Sorge für die Wohnungen selbst war völlig in den Hintergrund getreten. Die kommende Zeit wird eine Aufhebung der im Kriege praktisch gewordenen Dezentralisation der Familienbande bringen, die Hausfrau und Mutter ihrem eigentlichen Hauptberuf wiedergeben und in ihr den Kristallisationspunkt für den Wiederaufbau der Familie schaffen; in diesem Zusammenhange werdet sich heute das Hauptinteresse der Wohnungsreform zu.

Kultur haben heißt: verdelte Bedürfnisse haben, — als das Ergebnis jahrelanger Erziehungsarbeit melden sich heute in breiten Schichten Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der künftigen Bauweise. Das Ideal bleibt das Einfamilienhaus, in abgeschwächter Form das Mehrfamilienhaus mit unmittelbarem Anteil am Boden, als beste Wurzelstätte in der heimatlichen Erde. Unbestritten wird der Flachbau in Zukunft eine größere Rolle spielen, als er es bisher tat, zumal bei Zurverfügungstellung billigen fiskalischen oder kommunalen Siedlungslandes. Durch diese Siedlungsart werden indessen die schätzungsweise für Berlin als fehlend angegebenen 60 000 Wohnungen nicht geschaffen werden können, allein unter Geltung der Tatsache, daß Siedlungspolitik und Verkehrspolitik siamesische Zwillinge sind, deren naturnotwendige Verbindung in allernächster Zukunft für die Umgebung der Großstädte in weitem Umfange kaum praktisch werden dürfte. Vornehmlich wird aber auch aus Gründen der Rentabilität neben der gemeinnützigen Bauweise, dem Flachbau, der Hochbau das Feld behaupten.

Welche Anforderungen werden nun an die neuen Etagenwohnungen gestellt? Jede soll abgeschlossen für sich bestehen, die gemeinschaftlichen Korridore der Mietkasernen von heute müssen wegfallen. Die Küchen, d. h. die Wohnstuben im Arbeiterhaushalt, sollen ihrer Bestimmung gemäß ausgestaltet, jede Wohnküche mit einer kleinen hellen Kammer — dem Werkstattraum der Heimarbeit verrichtenden Hausfrau — versehen werden. Diese Forderung ist eine der dringendsten, denn die heimarbeitenden Gewerbetätigkeiten der Hausfrau